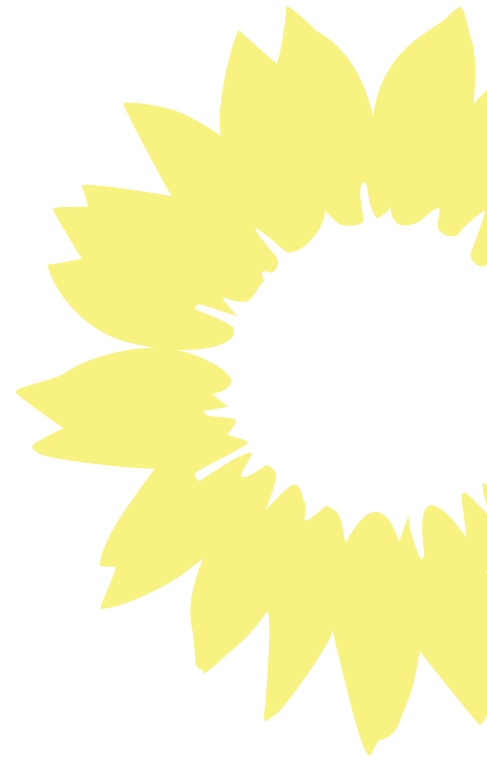


BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Trier-Saarburg

Entwurf des Wahlprogramms zur Kommunalwahl 2024



Präambel

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Schonung endlicher Ressourcen stehen im Mittelpunkt unserer politischen Aktivitäten. Wir GRÜNE forcieren den konsequenten Klimaschutz, denn die größte Bedrohung für unsere Biodiversität und damit auch für unser Dasein als Gesellschaft ist und bleibt die menschengemachte Klimakrise.

Die Aufgabe, die drohenden fatalen Folgen der Erderwärmung, des Artensterbens und der Zerstörung unserer Ökosysteme abzuwenden, ist eine weltweite Herausforderung, die konsequentes Handeln erfordert. Die globale Antwort, die wir brauchen, ist eine sozial-ökologische Transformation.

Wir müssen wir dieser Herausforderung ebenso entschlossen hier vor Ort begegnen. Wir haben als Gesellschaft die Chance – und gegenüber unseren Folgegenerationen die Pflicht – diese Transformation positiv zu gestalten. Dies ist das Ziel unserer GRÜNEN Politik hier im Kreis Trier-Saarburg.

Soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Respekt stärken den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Sie sind die Voraussetzungen für eine starke Demokratie, eine inklusive Gesellschaft und selbstbestimmte, gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen. Sie ist zudem entscheidend für eine breit getragene Transformation, für die wir demokratische Beteiligung als ein Schlüsselement sehen.

Wir schaffen niedrigschwellige Angebote und sorgen für leicht zugängliche Informationen. Wir wollen allen Menschen ermöglichen und sie befähigen, an den Prozessen zu partizipieren und ihre Umwelt und damit die Zukunft mitzugestalten.

Sei Teil der Transformation, sei Teil der Lösung,

wähle GRÜN und gestalte die Zukunft im Kreis Trier-Saarburg mit!

Grün wirtschaften – regional wertschöpfen

Energie

Wir GRÜNE forcieren den konsequenten Klimaschutz und treiben die dezentrale Energiewende vor Ort voran. Ein deutliches Mehr an Wind- und Solarenergie ist entscheidend, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Die Erneuerbaren Energien sind zudem von herausragender Bedeutung für die sichere und preisstabile Energieversorgung der Haushalte und der Wirtschaft. Eine entschlossene dezentrale Energiewende ist nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll, denn durch Energieimporte fließen jährlich immer noch Milliarden Euro aus Rheinland-Pfalz und somit aus unseren Kommunen ab, die so der regionalen Wertschöpfung verloren gehen.

- Wir bringen die Wärmewende vor Ort voran und setzen uns entschieden ein für die zügige Entwicklung und den Ausbau von Nahwärme- und Fernwärmenetzen.
- Bei der Energieversorgung unserer kommunalen Gebäude prüfen wir Synergieeffekte für das ganze Quartier. Wir beziehen potenzielle Partnerunternehmen, z.B. solche mit hoher Abwärme, in die Planungen mit ein.
- Wir unterstützen Bürgerenergiegenossenschaften bei ihrer Gründung und setzen uns dafür ein, dass sie bei der lokalen Energiewende Partnerinnen der Kommunen werden.
- Wir unterstützen unsere Kommunen vor Ort bei der Planung und Durchführung von umfassenden und frühzeitigen Beteiligungsprozessen der Einwohner:innen.

Klimaneutrale Energiegewinnung durch Photovoltaik (PV) und Solarthermie sind für uns Stand der Technik für alle öffentlichen Neubauten und Sanierungen. Wir setzen uns für die schnelle Erfüllung der PV-Pflicht für kommunale Gebäude ein und fordern PV-Anlagen auch für kommunale Bestandsgebäude.

Es ist unser Ziel, die Solarenergie voranzubringen und zugleich den Schutz von Natur und Landschaft sicherzustellen. Wir überprüfen deshalb alle Vorhaben auf Einklang mit dem „Eckpunktepapier des Bundesamts für Naturschutz für einen naturverträglichen Ausbau der Solarenergie“. Das bedeutet u.a.:

- Neben großflächigen Dächern liegt die Priorität auf „sowieso verbrauchten“ Freiflächen, z.B. Parkplätzen.
- Dort, wo es sinnvoll ist, setzen wir uns für Agrophotovoltaik-Anlagen ein. Auf sogenannten minderwertigen Flächen, solche mit niedrigen Ackerzahlen, kann eine Überbauung mit Photovoltaik zu einer Bodenerholung und biologischen Aufwertung führen.

Wirtschaft

Wir GRÜNE stehen für eine vielfältige, moderne und nachhaltige Wirtschaft vor Ort, die langfristig gute Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft. Eine Wirtschaft, die Motor der sozial-

ökologischen Transformation ist. Deshalb fördern wir regionale Wertschöpfung durch Gründungszentren, innovative Start-ups, gemeinwohlorientierte Unternehmen und einen klimafreundlichen Mittelstand im Kreis.

- Wir GRÜNE richten Förderung nach nachhaltigen Kriterien wie Ökologie, Klimaneutralität, Lebensqualität, Mitbestimmung, Sozialstandards und Gleichberechtigung aus.
- Wir arbeiten eng mit den regionalen Kammern und Verbänden zusammen, treten in Dialog und haben ein offenes Ohr für die Belange der ansässigen Unternehmen. Bürokratische Hürden bauen wir ab.
- Wir schaffen beste Bedingungen vor Ort für eine nachhaltige Wirtschaftsansiedlung und eine lokale Wertschöpfung: Schnelles Internet, gute Anbindung an den Nahverkehr, gute KiTas sowie Schulangebote und sorgen dafür, dass Unternehmen und Selbstständige optimale Bedingungen vorfinden.
- Im Wettbewerb um Arbeitskräfte unterstützen wir die Betriebe, indem wir die Attraktivität unserer lebenswerten Kommunen steigern. Gute Infrastruktur und Versorgung, Mobilität und ein lebendiges Kulturangebot, aber auch Beteiligungsmöglichkeiten, Offenheit und Wertschätzung von Pluralität sind der Schlüssel, Menschen für unseren Kreis zu begeistern und gerade junge Menschen auf dem Land zu halten.
- Einzugsgebiete der Wirtschaft machen nicht an Gemarkungsgrenzen halt. Wir verbessern die Vernetzung von Stadt und Landkreis insbesondere im Bereich der Infrastrukturplanung.
- Wir unterstützen Initiativen zur Etablierung von Dachmarken und der regionalen Vermarktung für landwirtschaftliche Betriebe im Kreis Trier-Saarburg.

Nachhaltiger Tourismus

Der nachhaltige, sanfte Tourismus hat für uns eine herausragende Bedeutung: Investitionen in den Tourismus nutzen sowohl den Tourist:innen als auch der Entwicklung vor Ort. Gezielte Tourismusförderung kann wichtige Impulse für Klima- und Umweltschutz geben. Für uns GRÜNE stehen Naturerlebnisse wie Wandern, Radfahren, Erholung und Kultur im Fokus der Förderung.

Wichtige Attraktionen sind der Naturpark Saar-Hunsrück und der Naturpark Südeifel. Die Nachbarschaft zu den Nationalparks Eifel und Hunsrück-Hochwald prägt den regionalen Tourismus ebenso positiv, wie Mosel, Saar, Sauer und Ruwer.

- Wir unterstützen ressourcenschonende und umweltverträgliche Tourismusangebote um eine regionale Wertschöpfung zu etablieren, die auch den Menschen vor Ort Lebensqualität bringt.

- Ob in Eifel oder Hunsrück, an Saar oder Mosel - wir sichern die Pflege unserer vielen ausgezeichneten Wander- und Spazierwege. Wir bauen unser Radwegenetz weiter aus und verbessern so touristische wie alltägliche Mobilität.
- Wir setzen uns vor Ort für barrierefreie Tourismusangebote ein.
- Tourismus muss als Gemeinschaftsaufgabe gedacht werden, deshalb setzen wir uns für interkommunale Zusammenarbeit beim Tourismus ein.

Bauen

Wir GRÜNE setzen uns ein für klima- und ressourcenschonendes, ökologisch verträgliches Bauen. Ausführungsqualität, Baustoffe und Gebäudetechnik haben einen maßgeblichen Einfluss auf die Nachhaltigkeit aller Projekte.

- Wir werden die energetische Sanierung von kommunalen Gebäuden und Schulen engagiert vorantreiben, z.B. über Fördermittel aus dem kommunalen Investitionsprogramm.
- Bei Wirtschaftlichkeitsvergleichen von Sanierung vs. Neubau berücksichtigen wir einen realistischen CO₂-Preis für sogenannte graue Energie (das ist die Menge an nicht erneuerbarer Energie, welche für die Herstellung eines Gebäudes inkl. Gewinnung, Transport und Verarbeitung der Materialien, bereits aufgewendet wurde und für Rückbau und Entsorgung aufgewendet werden müsste).
- Durch die Verwendung heimischer Materialien und durch ressourcenschonendes Bauen minimieren wir bei Neubauten die im Gebäude verbaute graue Energie. Soweit rechtlich möglich, berücksichtigen wir zu diesem Zweck in Vergabeverfahren Regionalität und Ökologie der Angebote.
- Wir werden für kommunale Neubauprojekte den Lebenszyklusansatz anwenden. Lebenszykluskosten sind die gesamten Kosten, die über die Lebensdauer eines Gebäudes, von der Herstellung bis zu seiner Entsorgung anfallen. Diese werden bei der Konzeption des Vorhabens und bei der Vergabe berücksichtigt.

Mobilität & ÖPNV

Wir brauchen eine Alltagsmobilität, die nachhaltig, inklusiv und vernetzt ist, denn viele Bürger:innen im Kreis Trier-Saarburg sind auf das Pendeln angewiesen. Die Entscheidung, wie Menschen sich fortbewegen, ist ein hoch individueller Prozess, aber stark abhängig von der Infrastruktur, die dabei zu Verfügung steht. Wir brauchen Alternativen zum privaten PKW, die echte Alternativen sind. Dies erreichen wir mit einem gut ausgebauten, attraktiven ÖPNV auf Straße und Schiene, unkomplizierten Carsharing-Modellen und gut ausgebauten Fahrrad- und Fußwegen.

Die Alltagsmobilität spielt sich immer mehr entlang von Mobilitätsketten ab. Mit dem Rad oder Auto zum Bahnhof, von dort mit dem Zug weiter, als Fahrgemeinschaft zurück. Moderne

Mobilität zu ermöglichen, heißt: Vernetzt zu denken. Das fängt bei aufeinander abgestimmten Fahrplänen an und die digitalen Möglichkeiten spielen dabei eine immer größere Rolle. Intelligente Verkehrssteuerung, Apps und digitale Tickets ermöglichen vernetzte Mobilität.

Die Schülerbeförderung ist eine wichtige Aufgabe des Landkreises. Hier setzen wir uns nicht nur für die Beibehaltung des Deutschlandtickets für die berechtigten Schüler:innen ein, sondern auch dafür, dass alle Schüler:innen dieses Angebot vergünstigt wahrnehmen können.

- Alle Schüler:innen sollen sicher und günstig zur Schule kommen, ob mit Bahn, Bus, Rad, zu Fuß oder in Kombination. Arbeitnehmer:innen des Kreises erhalten das Deutschlandticket als vergünstigtes Jobticket.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Luxemburg-Pendler:innen das Deutschlandticket auch für alle öffentlichen Verkehrsmittel bis nach Luxemburg uneingeschränkt nutzen können.
- Wir GRÜNE setzen auf emissionsarme Fahrzeuge in der Neubeschaffung beim ÖPNV. Das sorgt für weniger Lärm und bessere Luft.
- Wir wollen Knotenpunkte im regionalen Verkehrsnetz zu Mobilitätsstationen weiterentwickeln, an denen sich Rad, Bus, Bahn und das Auto komfortabel miteinander kombinieren lassen.
- Das Radverkehrskonzept des Kreises werden wir in Kooperation mit den Verbandsgemeinden umsetzen. Dazu werden wir eine:n Beauftragte:n einsetzen, die:der verantwortlich die Förderung des Radverkehrs umsetzt. Bei Neubauvorhaben streben wir mehr und vor allem sichere, überdachte Stellplätze für Fahrräder und auch Lastenräder, an.
- Beim Ausbau von Kreisstraßen sorgen wir für mehr Flächengerechtigkeit und Sicherheit für Radfahrende, große und kleine Fußgänger:innen und insbesondere Menschen mit Beeinträchtigungen.

Schule und Kindertagesstätte

Wir GRÜNE stehen für Bildungsgerechtigkeit, und zwar von Anfang an. Wir stellen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene und deren Entwicklung in den Mittelpunkt unserer Politik. Dies bedeutet für uns, dass alle Menschen unabhängig von ihrer ethnischen und sozialen Herkunft, ihrer Befähigung, ihrer sexuellen Identität und Orientierung oder einer Religionszugehörigkeit die gleichen Chancen für ein selbstbestimmtes Leben und Teilhabe in unserer Gesellschaft erhalten.

Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der frühkindlichen Bildung und für alle Grundschulkindern ab dem 01.08.2026 verwirklicht eines unserer originären bildungs- und familienpolitischen Ziele. Umso wichtiger ist es, dass der Kreis Trier-Saarburg die Bedarfe der

Eltern regelmäßig abfragt und, zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, entsprechend plant und zügig umsetzt.

Verpflegung

Wir wollen, dass unsere Kinder in KiTas und Schulen auch eine gesunde Ernährung erhalten. Wir unterstützen unsere GRÜNEN Landesprogramme und Projekte in KiTas und Schulen und setzen uns für Frischeküchen ein.

- Wir fordern, dass der Anteil regionaler Lebensmittel auf 50 % und ökologisch erzeugter Lebensmittel auf 30 % im Verpflegungsangebot möglichst kostenneutral für die Eltern gehoben wird und stärken so die regionale Wertschöpfung.
- Die Einhaltung des Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) in KiTas und Schulen werden wir bei der Ausschreibung des Caterings beachten.

KiTa

Obwohl die Kindertagesstätte ein essenzieller Baustein in der Entwicklung von Kindern ist, sind freie KiTa-Plätze häufig erst nach Wartezeit verfügbar. Umso wichtiger ist es, dass alle Kommunen die Bedarfe der Eltern, auch zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zügig umsetzen und entsprechend planen.

- Wir GRÜNE machen uns für den Ausbau der Angebote der frühkindlichen Bildung stark und sorgen für bedarfsgerechte durchgehende Öffnungszeiten, einen guten Betreuungsschlüssel und hochwertiges Essen in unseren Kindertagesstätten.
- Wir werden die Plätze entlang einer Bedarfsplanung passend ausbauen.
- Barrieren bei der Beantragung von Kita-Plätzen bauen wir ab, so dass alle Kinder von den Angeboten der frühkindlichen Bildung ab dem ersten Lebensjahr profitieren können.

Schule

Unsere Lehrkräfte sind aufgrund von sehr heterogenen Klassenstrukturen in besonderem Maße pädagogisch gefordert, um alle Schüler:innen optimal zu fördern. Das Zusammenwirken von multiprofessionellen Teams mit engem Bezug zu Schulsozialarbeiter:innen als unverzichtbare Bindeglieder zwischen schulischen Anforderungen einerseits und den individuellen Bedürfnissen der Schüler:innen andererseits muss gefördert werden.

- Wir fordern den umgehenden Ausbau der Schulsozialarbeit an allen Schulen im Kreis Trier-Saarburg. Dies führt zu einer Steigerung der Bildungsqualität.

- Zudem machen wir uns für moderne, barrierefreie und klimaneutrale Schulgebäude stark, die Schulen zu inklusiven Lebensräumen machen, in denen gerne gelernt und gelehrt wird.
- Wir schaffen ein förderliches Ganztagsangebot für alle Schüler:innen, bei dem die Kinder neben einer gesunden Ernährung von wertvollen pädagogischen Angeboten in den Nachmittagsstunden profitieren. Unser Ziel sind Ganztagsangebote, bei denen Unterricht, Rückzugs- und Erholungsphasen, selbstständiges Lernen und Bewegung über den ganzen Tag verteilt sind.
- Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) soll von den Kommunen in allen Bildungseinrichtungen projiziert und gefördert werden. In diesem Zusammenhang setzen wir uns auch für die demokratische Beteiligung von Schüler:innen an kommunalen Entscheidungsprozessen ein.
- Wo der Elternwille klar erkennbar ist, setzen wir uns für weitere Integrierte Gesamtschulen vor Ort ein.
- Verstetigung von Digitalisierung in den Bildungseinrichtungen: KiTa und Schule müssen digitale Arbeitsformate für die pädagogische Arbeit nutzen, die Schulträger managen die digitale Verwaltung und sind für die Bereitstellung von Hardware und Software, von stabilen Netzwerken und für den Support zuständig.
- Wir GRÜNE stehen weiterhin für eine kostenfreie staatliche Bildung. Zudem setzen wir uns für eine gestaffelte Deckelung der Lehrmittelkosten ein, um Familien finanziell zu entlasten.

Lebenswerte Kommunen

Innenstadt- und Dorfentwicklung im ländlichen Raum

Wir GRÜNE fördern gezielt nachhaltige Entwicklung unserer Kommunen und steigern so die Lebensqualität in unserem Landkreis. Im Mittelpunkt unserer Planungen steht dabei immer das Ziel, inklusive Orte nach dem Vorbild der „Stadt-für-alle“ zu schaffen.

- Wir werden lebendige und barrierefreie Ortskerne für mehr Lebensqualität in unseren Kommunen schaffen und Dorfgemeinschaftsprojekte unterstützen.
- Besonders für junge Menschen fördern wir Treffpunkte und Aufenthaltsräume. Wir entwickeln diese mit und für Jugendliche und binden sie aktiv in ein. Dabei unterstützen wir ihre Eigenverantwortung u.a. über ein eigenes Gestaltungsbudget.
- Wir setzen uns für eine gute Nahversorgung im ländlichen Raum ein, z.B. über mobile Verwaltungsdienste in Ortsteilen. Kleine Supermärkte und Dorfläden im Ortskern sind eine belebende und flächenschonende Alternative zu Discountern auf der grünen Wiese.
- Wir fördern die Aufwertung der innerörtlichen Grünflächen als Orte der Begegnung, des sozialen Zusammenhalts sowie der kulturellen und bauhistorischen Identität. Sie dienen

der Erholung und Begegnung, sind Orte für Sport und Spiel, leisten einen positiven Beitrag für die Gesundheit und das Wohlbefinden und tragen so zur Lebensqualität vor Ort bei.

- An innerörtlichen Kreisstraßen begegnen wir Durchgangsverkehr mit verkehrsberuhigenden Maßnahmen. So reduzieren wir Lärm und sorgen für mehr Sicherheit für Radfahrende, Fußgänger:innen und spielende Kinder.

Wohnungsbau für alle

Wohnen ist für die Lebensqualität und die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen von elementarer Bedeutung. Wohnen darf kein Luxus sein, ganz besonders für junge Familien und Alleinstehende. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass ein ausreichendes Angebot an sozialem und bezahlbarem Wohnraum besteht. Eine Kreiswohnungsbaugesellschaft ist ein wichtiger Baustein auf dem Weg dorthin.

Neben Haushalten mit geringen Einkommen, sind auch die Belange von älteren Menschen und Menschen mit Behinderung bei der sozialen Wohnraumförderung wichtig. Wir brauchen bezahlbares und bedarfsgerechtes Wohnen, das Inklusion, Mehrgenerationenwohnen sowie Integration und gutes Zusammenleben im Viertel berücksichtigt.

- Die großen Herausforderungen bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums bedürfen kreativer Lösungen. Wir GRÜNE setzen uns ein für die Förderung von Gemeinschaftswohnungen und neuer Wohnformen im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung.
- Wir fördern gemeinschaftliche Wohnprojekte auch im Altbaubestand.
- Wir wollen eine personell leistungsfähige Kreiswohnungsbaugesellschaft, um schnell in die Umsetzung zu kommen. Bei ihren Bauvorhaben legt sie den Fokus auf einen Low-Tech-High-Value-Ansatz. Das bedeutet, die Schaffung von beständigem, hochwertigem Wohnraum ohne kurzlebigen, oft teuren, technischen Schnickschnack.
- Gleichzeitig fördern wir in Konzeptvergaben und Wettbewerben die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum durch Bauträger und insbesondere durch Baugruppen oder Genossenschaften.
- Wir werden Angebote für Obdachlose schaffen und die Ansätze des Housing-First und des Trainingswohnens unterstützen. Insbesondere für schutzbedürftige Gruppen wie Frauen und Kinder schaffen wir Wohnraum.

Leerstand überwinden

Der demografische Wandel macht vor unserer Kommune nicht halt. Wir GRÜNE wollen den Wandel gestalten. Wir wollen keine Gelder für ausufernde Neubauprojekte. Wir wollen lebendige Ortskerne, in denen Jung und Alt Raum für Begegnung haben.

- Das Land stellt mit dem RAUM+Monitor ein Instrument für die Erhebung und Bewertung von Siedlungsflächenpotenzialen zur Verfügung. So können Leerstandskataster erstellt werden. Dies wollen wir GRÜNE flächendeckend im Kreis nutzen und Hand in Hand mit lokalen Akteur:innen den Leerstand vor Ort bekämpfen.
- Bürgerschaftliches Engagement und Projekte zur temporären oder dauerhaften Wiederbelebung von ungenutzten Gebäuden fördern wir. Bürokratische Hürden bauen wir ab und leisten Hilfestellung bei Antragsverfahren.

Digitalisierung und Netzausbau

Die digitale Transformation bietet Chancen, unsere Mobilität besser und ökologischer zu machen, unser Arbeitsleben flexibler in Ort und Zeit, unser Zusammenleben real und digital enger zu vernetzen, Energie einzusparen und die Umwelt zu schützen.

Die Digitalisierung der Verwaltung birgt großes Potential. Grundsätzlich gilt es, Verwaltungsprozesse neu zu denken und dabei bürger:innenfreundlich und mitarbeitendenfreundlich zu gestalten. Dabei ist besonders wichtig, dass alle Beteiligten mitgenommen werden.

- Wir GRÜNE werden den flächendeckenden Glasfaserausbau und Ausbau des 5G Mobilfunknetzes sowohl im ländlichen wie auch im städtischen Raum in den kommenden Jahren weiter fördern.
- Wir werden die Einrichtung von WLAN-Hotspots im ÖPNV und öffentlichen Gebäuden fördern und Initiativen aus der Zivilgesellschaft unterstützen.
- Wir werden die Verwaltungsdigitalisierung, u.a. durch die Einführung der E-Akte, vorantreiben. Insbesondere langwierige Antragsprozesse wie Baugenehmigungsverfahren können wir durch echte Digitalisierung verschlanken und alltägliche Vorgänge wie Terminbuchungen wollen wir für alle Bereiche der Verwaltung digital verfügbar machen.
- Die Möglichkeiten von Homeoffice in der kommunalen Verwaltung werden wir verbessern.
- Sitzungen von Kreistag und Ausschüssen wollen wir streamen UND mindestens für die Dauer der Ratsperiode nachträglich abrufbar halten.

Kommunalfinanzen

Wir wollen, dass unsere Städte und Gemeinden über eine angemessene Finanzausstattung verfügen, denn vor Ort können wir damit direkt auf die Bedürfnisse der Bürger:innen reagieren. Deshalb ist es wichtig, dass auch der Kreis, da er sich u.a. aus dem Geld der Gemeinden finanziert, eine ausgewogene und nachhaltige kommunale Haushaltspolitik betreibt. Es geht darum, das Geld an der richtigen Stelle auszugeben und langfristige Kostenfolgenabschätzung vor großen Investitionsprojekten durchzuführen. Wir GRÜNE

machen keine Ausgabenpolitik zu Lasten nächster Generationen. Wir investieren in zukunftsfähige und resiliente, nachhaltige Projekte.

Lebenswerte Gesellschaft

Wir GRÜNE sind überzeugt: Soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Respekt und Toleranz stärken den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Sie sind die Voraussetzungen für eine starke Demokratie, eine inklusive Gesellschaft und selbstbestimmte, gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen. Für die Verwirklichung dieser Ziele setzen wir uns mit Leidenschaft ein.

Demokratie, Transparenz und Beteiligung

Wir machen uns stark für Demokratie – gegen Rechts. Gegen Intoleranz und Hass, gegen Ausgrenzung und Vorverurteilung. Die Grundlage unserer Demokratie sind mündige, engagierte Menschen. Das fängt schon in KiTa und Schule an. Wir leben Gleichstellung, Akzeptanz und Respekt.

Wir GRÜNE wollen staatliches Handeln grundsätzlich transparent machen und die Beteiligungsmöglichkeiten verbessern.

Wir brauchen eine bessere Vereinbarkeit von ehrenamtlichem politischem Engagement und Beruf und mehr Vielfalt in den kommunalen Parlamenten, angefangen bei mehr Frauen in den Räten. Dafür braucht es passende Strukturen. Auf Landesebene haben wir mit der Anpassung der Gemeinde- und Landkreisordnung die Vereinbarkeit von Familie und politischem Ehrenamt deutlich gestärkt. Wir haben die Erstattung der Kosten, die tatsächlich für die Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen während der ehrenamtlichen Tätigkeit anfallen, sowie die dauerhafte Ermöglichung von hybriden Ratssitzungen eingeführt. Diese Möglichkeiten wollen wir jetzt im Kreis umsetzen.

- Rechtsextremismus wird gestärkt, wenn demokratische Kräfte mit seinen Vertreter:innen zusammenarbeiten. Wir arbeiten nicht mit Rechtsextremen zusammen – sei es im Rat oder anderswo.
- Wir setzen uns ein für Zivilcourage-Trainings an Schulen und demokratiefördernde Maßnahmen in den Ganztagsangeboten.

- Wir bieten Schulungen zur Sensibilisierung gegen Diskriminierung für Verwaltungsmitarbeiter:innen an.
- Wir fordern Antrags- und Rederecht auf allen Ebenen für Jugendparlamente, um das Recht junger Menschen auf Mitsprache zu stärken.
- Wir verbessern die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und/oder Pflege mit dem politischen Ehrenamt, indem wir kommunalpolitische Sitzungen in hybrider Form durchführen, ein festes Sitzungsende vorsehen und Kinderbetreuung vor Ort anbieten. Unbürokratische Aufwandsentschädigung für Kinderbetreuung zuhause oder für die Pflege Angehöriger müssen selbstverständlich werden.
- Mit quotierten Listen für die Kommunalwahl gehen wir GRÜNE voran. Für mehr Frauen in den kommunalen Parlamenten.
- Wir werden die Optimierung von Ratsinformationssystemen und die Erweiterung der öffentlich zur Verfügung gestellten Daten, Informationen und Materialien vorantreiben.
- Wir gestalten einfache Beteiligungsprozesse und machen uns stark für eine breite Partizipation aller gesellschaftlicher Gruppen. Die Ergebnisse fließen transparent und wirksam in die bearbeiteten Projekte ein.

Frauen und Mädchen vor Gewalt schützen

Jeden Tag versucht in Deutschland ein Mann, seine Partnerin oder Ex-Partnerin umzubringen. Jeden dritten Tag gelingt es. (Kriminalstatistik des BKA) Die Istanbul-Konvention hat das Ziel, Frauen und Mädchen vor Gewalt zu schützen. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, Gewalt gegen Frauen zu verhüten, zu verfolgen und zu beseitigen, Diskriminierung von Frauen zu verhindern und die Rechte von Frauen zu stärken. Deutschland hat diesen Vertrag bereits 2018 ratifiziert, womit er rechtlich bindend ist.

Um diese Ziele zu erreichen, fordern wir im Kreis Trier-Saarburg die Entwicklung und Umsetzung eines ganzheitlichen Konzepts mit umfassenden politischen und rechtlichen Maßnahmen. Allen gewaltbetroffenen Frauen und Mädchen wollen wir niedrigschwellige, spezialisierte, barriere- und diskriminierungsfreie Unterstützung bereitstellen. Niemand sollte aus Kapazitätsgründen abgewiesen werden.

Das Frauenhaus ist das einzige Frauenhaus in der Stadt Trier und den Landkreisen Trier-Saarburg, Bitburg-Prüm, Bernkastel-Wittlich und Vulkaneifel – oder für rund eine halbe Million Menschen. Die Empfehlung des Europarates beläuft sich auf 1 Familienplatz / 10.000 Einwohnenden. Aktuell hat das Frauenhaus in Trier 9 Plätze.

- Eine Koordinierungsstelle soll sicherstellen, dass entsprechende Maßnahmen im Kreis aufeinander abgestimmt und nichtstaatliche Organisationen sowie die Bürger:innen einbezogen werden. Die Mittel für die Einrichtung dieser Stelle wurde in den letzten Haushaltsberatungen von allen anderen Parteien gestrichen. Wir GRÜNE werden weiterhin auf der Einrichtung dieser Stelle bestehen.

- Das Frauenhaus muss finanziell, baulich und personell besser ausgestattet werden.
- Wir werden ausreichend und bedarfsgerecht finanzierte Frauenhausplätze schaffen. Ziel ist die Erfüllung der Europarat-Empfehlung von 1 Familienplatz / 10.000 Einwohnenden.
- Wir stärken die lokalen Netzwerke zur Prävention und Intervention bei Gewalt in engen sozialen Beziehungen.

Inklusion und Teilhabe

Wir kämpfen für gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Unser Ziel ist es, den Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention für gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft auch vor Ort im Kreis flächendeckend umzusetzen. Dies ist bisher nur in Schweich geschehen. Der Landkreis muss aktiv werden und Hand in Hand mit seiner vielfältigen Zivilgesellschaft ein tragfähiges Konzept zur Umsetzung entwickeln. Davon profitieren alle Menschen unserer Gesellschaft.

- Wir werden den Abbau von Barrieren im ÖPNV und Einrichtungen der Kommunen, Kreisen und Ländern vorantreiben und den Zugang zu einem barrierefreien, inklusiven und bezahlbaren Wohnraum fördern.
- Wir werden die kommunalen Aktionspläne für Inklusion weiterentwickeln und die kommunalen, sozialen und zivilgesellschaftlichen Akteure bei der Umsetzung der Maßnahmen unterstützen.
- Wir GRÜNE unterstützen die Arbeit und fordern die Stärkung des:der Beauftragten des Kreises für Menschen mit Behinderung und streben die Einsetzung von Inklusionskoordinator:innen für unsere Schulen an.

Queer und Vielfalt

GRÜNE Vielfaltspolitik bedeutet, dass alle Menschen angstfrei leben und aufwachsen und sich überall frei bewegen können. Bei uns hat die Ausgrenzung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, Trans* und Inter-Personen sowie von queeren und nonbinären Menschen (LSBT*IQ) keinen Platz. Unser Ziel ist die vollständige Akzeptanz und rechtliche Gleichstellung von LSBT*IQ auf allen Ebenen. Wir GRÜNE setzen uns entschieden gegen jede Form der Diskriminierung und gegen sexualisierte Gewalt ein.

- Im engen Austausch mit den lokalen Vereinen und Initiativen im Kreis Trier-Saarburg werden wir dafür Sorge tragen, dass die Belange der LSBT*IQ-Community gehört und berücksichtigt werden.

- Wir wollen gemeinsam mit KiTas, Schulen und Jugendangeboten Kinder darin bestärken, die Vielfalt unterschiedlicher Lebens- und Familienformen in ihrem Umfeld wahrzunehmen und wertzuschätzen.
- Diversität bringt viele Perspektiven, Erfahrungen und Kompetenzen zusammen. Das geschieht aber nicht von allein. Deshalb setzen wir uns ein für eine inklusive Sprache in der Verwaltung sowie die Ernennung eine:r Queerbeauftragte:n.
- Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes in der Kreisverwaltung ein und stärken die:den Gleichstellungsbeauftragte:n. Damit setzen wir auch ein Signal für Gleichstellung bei anderen Arbeitgeber:innen.

Ehrenamt braucht Hauptamt

Rheinland-Pfalz ist das Land des Ehrenamts. Das zeigt sich auch im Kreis Trier-Saarburg: Unsere Bürger:innen organisieren und engagieren sich vielfältig in zahlreichen Ehrenämtern: ob in Vereinen, Verbänden, Initiativen, Parteien oder Gremien; ob in der Feuerwehr, im Sport, in Musik oder Kultur, bei Umwelt-, Naturschutz- oder Sozialverbänden und vielen mehr.

Wir wollen das Ehrenamt in seiner Vielgestaltigkeit attraktiver machen und unterstützen. Die Menschen, die sich für ihre Gemeinden einsetzen, stehen vor stetig wachsenden Aufgaben. Es wird immer schwerer, Personen zu finden, die anpacken wollen und können. Umso wichtiger sind Unterstützung, öffentliche Wertschätzung und das Erleben von Wirksamkeit.

- Wir fördern Ehrenamtskoordination vor Ort, um die Kommunikation zwischen Engagierten und den Verwaltungen zu erleichtern. Eine Ehrenamtsagentur wie in Trier soll Freiwillige und Einsatzmöglichkeiten zusammenbringen.
- Um Engagement attraktiver zu machen, setzen wir uns für die Einführung sogenannter Ehrenamtskarten ein. Diese sollen in regionalen öffentlichen und/oder privaten Einrichtungen für Vergünstigungen genutzt werden können.
- Es ist uns ein wichtiges Anliegen, Bürgermeister:innen in die Lage zu versetzen, sich hauptamtlich und sozialversichert ihren Aufgaben zu widmen. Dafür wollen wir uns im Land stark machen.
- Ein unverzichtbares Ehrenamt im Kreis leisten unsere Feuerwehren, Rettungsdienste und weiteren Hilfsorganisationen (DLRG etc.). Für ihre und unsere Sicherheit sind eine gute personelle sowie eine zeitgemäße Ausstattung erforderlich. Zu einer guten Ausstattung gehört auch die regelmäßige Aus- und Fortbildung.
- Zentrale Aufgaben wie die Brand- und Katastrophenschutzinspekteur:innen (BKI) und die Alarm- und Einsatzplanung müssen durch oder mit Unterstützung von hauptamtlichen Kräften auf Kreisebene gewährleistet werden.

- Das Ehrenamt soll an Schulen Bestandteil und Gegenstand des Unterrichts bzw. Bildungsangebots sein. So wollen wir dazu beitragen, den Stellenwert der vielen Freiwilligen zu erhöhen und gemeinsam für mehr ehrenamtliches Engagement und Nachwuchs beim Ehrenamt werben.

Vereinsleben stärken

Wir wissen, lebendiges Vereinsleben ist ein wichtiger Baustein lebenswerter Gemeinden. Die Vereine im Kreis bringen Menschen zusammen. Dafür werden Räume gebraucht, in denen das Vereinsleben stattfinden kann. Vereine brauchen junge engagierte Menschen, die die Arbeit weitertragen. Uns ist es daher ein Anliegen, dass Vereine in Ganztagsbetreuungen oder bei Aktionstagen an Schulen ihre Arbeit vorstellen und um Nachwuchs werben können. Menschen, die sich einbringen wollen und Vereine gründen, dürfen nicht an bürokratischen Hürden scheitern.

Jugend & Familie

Wir GRÜNE stehen für eine moderne Familienpolitik, die von einem vielfältigen Familienbegriff ausgeht und niemanden ausgrenzt. Wir orientieren uns in unserer Politik am individuellen Bedarf. Mit möglichst flexiblen Angeboten verbessern wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Wir wollen, dass jedes Kind gute Startbedingungen und ein gutes Aufwachsen hat, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern oder der Herkunft. Kinderarmut nehmen wir nicht hin. Armut führt zu Ausgrenzung und verhindert gesellschaftliche Teilhabe. Die Bekämpfung von Kinderarmut ist uns ein zentrales Anliegen. Deshalb haben wir uns auf Bundesebene dafür eingesetzt, dass die Kindergrundsicherung als ein zentrales Projekt der Regierung umgesetzt wird.

Wir wollen jungen Menschen die gleichberechtigte Teilhabe an den sozialen, ökonomischen und kulturellen Ressourcen der Gesellschaft ermöglichen. Um ihr Recht auf Mitsprache zu umzusetzen, sollen Jugendliche ab 16 Jahren auf allen Ebenen wählen dürfen. Deshalb haben wir GRÜNE auf Landesebene eine Verfassungsänderung angestrebt, die die CDU jedoch vehement blockiert. So kommen wir in die absurde Situation, dass 16- und 17-jährige bei der Europawahl, die parallel zur Kommunalwahl stattfindet, ihre Stimme abgeben dürfen – über ihre unmittelbaren kommunalen Vertreter:innen dürfen sie jedoch nicht mitentscheiden.

Unser erklärtes Ziel ist, Jugendlichen Verantwortung direkt zu übertragen. Im Zuge der Anpassung der Gemeinde- und Landkreisordnung haben wir Jugendbeteiligung verpflichtend gemacht, wenn kommunale Planungen und Vorhaben die Interessen von Jugendlichen berühren. Jugendliche erhalten ein Antragsrecht zur Einrichtung von Jugendvertretungen. Damit wollen wir die Stimme der Jugend im Landkreis hörbar machen.

- Wir setzen uns für die Etablierung der „Familienkarte Rheinland-Pfalz“ im Kreis Trier-Saarburg ein, um mehr Teilhabe an Strukturen und Angeboten zu ermöglichen.
- Wir unterstützen wohnortnahe Orte der Begegnung für Familien wie Häuser der Familie, Mehrgenerationenhäuser, Familiengrundschulzentren etc.
- Insbesondere Angebote für Jugendliche und Jugendtreffs fördern wir unbürokratisch und in enger Zusammenarbeit mit den jungen Menschen, für die wir diese Angebote schaffen. Wir ergänzen diese Angebote in kleinen Gemeinden mit mobiler Jugendarbeit.
- Wir schaffen echte Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen in Angelegenheiten des Kreises und unterstützen die Gemeinden, dies auf Gemeindeebene auch zu tun. Jugendpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, daher müssen die Belange junger Menschen überall mitgedacht werden.
- Wir unterstützen die Einrichtung von kommunalen Jugendvertretungen und wollen, dass ihre Anregungen von der Verwaltung ernst genommen und umgesetzt werden.

Flucht, Migration und Integration

Wir GRÜNE stehen für eine weltoffene, vielfältige Gesellschaft, die menschenfeindlichen Ideologien klar entgegentritt.

Das Recht auf Asyl muss weiterhin Schutz gewähren. Damit es gelingt gesellschaftliche, kulturelle und sprachliche Hürden zu überwinden, dürfen die zu stemmenden Aufgaben nicht über Pauschalen abgehandelt werden. Damit ein gutes Zusammenleben gelingt, brauchen die Gemeinden Handlungsspielraum, echte finanzielle Entlastung und Unterstützung.

Bildung und Sprachförderung, Ausbildung und Arbeitsmarktintegration sowie gute Startchancen für Kinder und Jugendliche sind wichtig für alle Menschen und gleichzeitig zentrale Themen der Integrationspolitik. Für eine gelingende Integration vor Ort sorgen starke Angebote, die für neu zugewanderte und hier geborene Menschen gleichermaßen offen sind und dabei gezielte die jeweiligen individuellen Bedarfe fördern.

Gerade als Landkreis der Grenzregion sind wir aufgrund des Arbeitskräftemangels darauf angewiesen, dass Menschen aus anderen Ländern zu uns kommen. Hier stehen auch die Kommunen in der Pflicht: Verwaltung muss endlich mehrsprachig, digital und übersichtlich werden – nicht nur für Zugezogene. Integrationsbeauftragte und -beiräte brauchen genug Zeit und Geld, um die Aufgaben zu bewältigen, die unsere Einwanderungsgesellschaft mit sich bringt. Wir setzen uns für ein gutes Zusammenleben in einer offenen und inklusiven Gesellschaft ein.

- Sprachkurse sind ein wichtiger Baustein für eine erfolgreiche Integration, daher wollen wir das kommunale Sprachkursangebot möglichst breit unterstützen.
- Wir setzen uns für eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten ein.

- Um dem Arbeitskräftemangel zu begegnen, wollen wir GRÜNEN unsere lokalen Unternehmen bei der Anwerbung und Integration von ausländischen Arbeitskräften gezielt unterstützen.
- Wir schaffen und unterstützen Beratungsangebote. Geflüchtete, Migrant:innen und Arbeitgeber:innen informieren wir über die Chancen und Möglichkeiten, die wir GRÜNE auf Bundesebene mit dem neuen Einwanderungsgesetz geschaffen haben.
- Wir verkleinern Sprachbarrieren durch mehrsprachige Informationsangebote und Ansprechpersonen in unserer Verwaltung.

Gesundheit & Pflege

Wir stärken die lokalen Netzwerke Frühe Hilfen und unterstützen den Einsatz von Familienhebammen, Familien-, Gesundheits- und Pflegefachkräften sowie ehrenamtliche Helfer:innen in Familien und in Geburtskliniken.

Selbstbestimmung, Würde und gutes Leben im Alter wollen wir GRÜNE gewährleisten. Dafür wollen wir die Pflege dort unterstützen, wo sich eine Person zugehörig fühlt. Für ein selbstbestimmtes und würdiges Leben im Alter braucht es komplementäre Angebote, die es ermöglichen den Haushalt aufrechtzuerhalten, die Nachbarschaft und Gemeinschaft zu bewahren, Vereinsamung oder Ausgrenzung zu verhindern, Ehrenamt zu fördern und neue Wohnformen zu etablieren.

Wir waren und sind gegen Privatisierung im Krankenhausbereich. Wir wollen eine am Bedarf der Patient:innen orientierte Krankenhausversorgung. Wir begrüßen deshalb die anstehende grundlegende Reform des Krankenhausfinanzierungssystems.

- Wir setzen uns entschieden für den Erhalt des Kreiskrankenhauses Saarburg ein.
- Die Versorgung mit medizinischen und pflegerischen Einrichtungen gehört für uns zu einem wichtigen Eckpfeiler einer weiteren Entwicklung hin zur modernen Kommune.
- Wir machen unsern Kreis attraktiv für die Niederlassung von Allgemeinmediziner:innen und anderen Ärzt:innen.
- Wir setzen uns für regionale Gesundheitskonferenzen ein, in denen Vertreter:innen der Gesundheitsberufe, der Patient:innen und der Kommunen einschließlich des öffentlichen Gesundheitsdienstes die regionale Versorgungssituation besprechen und Vorschläge für erforderliche Verbesserungen erarbeiten.
- Wir werden lokale Wohnprojekte für Senior:innen, Pflegebedürftige und generationenübergreifendes Wohnen fördern und Förderprogramme des Landes nutzen, wie beispielsweise das Projekt WohnPunkt RLP.
- Wir setzen uns für ein gutes Leben im Alter und für senior:innengerechte Angebote ein. Insbesondere das generationenübergreifende Miteinander wollen wir gezielt unterstützen, z.B. indem wir Begegnungsorte gezielt fördern.

- Wir unterstützen aufsuchende Hilfen wie z.B. das sehr erfolgreich angelaufene Programm GemeindegewestPlus für Ältere und das Angebot der Frühen Hilfe für Familien.

Kultur

Ein buntes Spektrum unterschiedlichster kultureller Angebote bedeutet für unseren Kreis Trier-Saarburg ein wichtiges Stück Lebensqualität. Diese Bedeutung möchten wir hervorheben und durch Kulturförderung unterstreichen. Wir GRÜNE achten dabei insbesondere auf Diskriminierungsfreiheit jeglicher Art, gesellschaftliche Repräsentanz und behutsamen Umgang mit natürlichen Ressourcen.

- Kultur lebt von vielfältiger Kreativität und Professionalität. Wir setzen uns dafür ein, dass Kunst, Kultur und Kulturpädagogik angemessen bezahlt werden.
- Indem wir unsere Versammlungsstätten barrierefrei sanieren, schaffen wir auch für Menschen mit Sinnesbehinderungen, für mobilitätseingeschränkte Menschen und Familien Möglichkeiten, die ihnen kulturelle Teilhabe erlauben.
- Wir setzen uns dafür ein, dass der Kreis ehrenamtliche Kultur durch Beratung und Finanzierung unterstützt.
- Wir setzen uns für kulturelle Vielfalt ein; für den Erhalt von Clubs, Spielstätten, Musikkneipen, soziokulturellen Zentren. Wir unterstützen die Förderung experimenteller kultureller Nutzungen. Wir fordern, dass die Kommunen ihnen bei der Ansiedlung helfen und sie planungsrechtlich vor Verdrängung schützt.
- Jede Kooperation von Kultur- und Bildungseinrichtungen, von der KiTa bis zur Volkshochschule, dient der Entwicklung einer demokratischen Kultur.
- Für unsere offene demokratische Gesellschaft unterstützen wir die Schaffung und den Erhalt vielfältiger Geschichts- und Erinnerungsorte.

Umwelt, Natur und Klima schützen

Wir GRÜNE wollen die hohe Lebensqualität im Kreis Trier-Saarburg erhalten. Klimakrise, Schadstoffe in Wasser, Luft und Boden sowie Flächenverbrauch zehren an den Lebensgrundlagen kommender Generationen. Für uns GRÜNE steht daher der Schutz der wertvollen Ressourcen im Mittelpunkt unserer Politik.

- Die Fertigstellung des Klimaschutzkonzeptes unseres Kreises werden wir mit unserer Expertise begleiten. Wir werden das Konzept stetig aktualisieren und konsequent umsetzen.
- Auf der Basis des Klimaschutzkonzeptes werden wir mithilfe unserer Klimaschutzmanager:innen die Energiewende und die Klimaanpassung vor Ort

gemeinsam mit Vereinen und Initiativen, mit der lokalen Wirtschaft und dem Handwerk vorantreiben.

- Bei allen Vorhaben gilt für uns: Transparente und frühzeitige Beteiligungsverfahren sind wichtig, um alle Interessen zu berücksichtigen.
- Die für Bauen, Planen und Gebäudemanagement zuständigen Ämter und ihre Mitarbeitenden wollen wir im Bereich Energieeffizienz und Klimaschutz weiterqualifizieren, um Ressourcen und Energie auf dem Weg zur Klimaneutralität schneller einzusparen. Wir setzen uns dafür ein, unsere Verwaltung umweltfreundlich und digital effizient umzustellen.
- Kommunale Neubau- und Sanierungsprojekte sollen ein Vorbild sein in Sachen Klimaschutz, ökologischer Verträglichkeit und Suffizienz (suffizient bauen heißt: bewusst sparsam, die Bedarfe hinterfragend und beispielsweise multifunktionale Räume planen).
- Die Freiraumplanung in kommunalen Projekten erfolgt grundsätzlich versiegelungsarm und nach den Prinzipien der Schwammstadt. Plätze, Wege und Straßen sind im Hinblick auf Hitzeresilienz, Artenvielfalt und neue Mobilität zu gestalten.
- In der Klimakrise leiden auch unsere Bäume. Deshalb stärken wir den naturnahen Waldbau und fördern so den Wasserrückhalt im Wald.

Biodiversität

Biodiversität ist das Rückgrat aller Ökosysteme und somit unserer Lebensgrundlage. Das Land fördert unter anderem durch die Aktion Grün konkrete Maßnahmen vor Ort. Im Kreis wollen wir diese Förderung nutzen und z.B. entlang von Kreisstraßen, in- und außerhalb der Gemeinden Blühstreifen, Wildwiesen und Gehölzstreifen anlegen und die Biotopvernetzung vorantreiben.

- Wir werden uns für eine hitze- und trockenheitsresiliente, insektenfreundliche Bepflanzung aller öffentlicher Flächen einsetzen. Dies spart Wasser, Geld und Arbeit zugunsten der Attraktivität und Artenvielfalt.
- Wir verbessern die Personalsituation der Naturschutzbehörde und bieten unseren Mitarbeitenden fortlaufend umfassende Weiterbildungsmöglichkeiten. So schaffen wir ein hohes Bewusstsein für die wachsenden Herausforderungen.
- Kinder und Jugendliche sensibilisieren wir über Pflanzprojekte und Naturwerkstätten.
- Wir prüfen eine Bewerbung um Fördermittel im „Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz“ des Bundesumweltministeriums, in dessen Rahmen die klimaschützende Wirkung von Mooren, Wäldern, Grünland und Gewässern gestärkt und durch Entsiegelung und Begrünung die Klimaanpassung in Kommunen verbessert wird.
- Mit uns wird es ein Verbot insbesondere von Glyphosat und Neonicotinoiden, darüber hinaus aber auch von anderen Pestiziden auf kreiseigenen Flächen geben: nicht nur das

Grünflächenamt, auch Pächter:innen können zu umweltschonender Bewirtschaftung verpflichtet werden.

- Wir klären auf über die Gefahren von Spritzmitteln und über verfügbare Alternativen. Wir unterstützen Winzer:innen und Landwirt:innen bei der Umsetzung solcher Alternativen.
- Die Einhaltung bereits geltender Vorschriften zum Einsatz von Herbiziden, Fungiziden und Pestiziden muss in der Praxis kontrollierbar sein. Deshalb werden wir einen Naturschutzbeauftragten einsetzen und insbesondere die Abdrift von Giften in geschützte Bereiche eindämmen.

Hochwasserschutz & Vorsorge, Oberflächenwassermanagement

Die Fördermittel der Aktion Blau Plus zur Wiederherstellung der ökologischen Funktionsfähigkeit von Gewässern, für eine optimierte Hochwasservorsorge und artenreiche, erholsame Gewässer, sowie weitere Förderprogramme für Hochwasserschutz und Klimaanpassung werden wir voll nutzen. Ein umfassendes Umwelt- und Katastrophenrisikomanagement begleitet diese Vorsorge.

- Ob im Straßenbau oder Hochbau, Versickerung von Oberflächenwasser vor Ort hat immer Priorität. Wo dies nicht möglich ist, arbeiten wir mit Regenrückhaltung und gedrosseltem Zufluss in unsere Gewässer.
- Angesichts der zunehmenden Trockenheit, von Niedrigwasser in Flüssen, Bächen und Seen sowie sinkender Grundwasserspiegel, brauchen wir eine wirkungsvolle Strategie zum sparsamen Umgang mit Wasser. Projekte des Kreises sollen Vorbildfunktion haben und Pilotprojekte im Wassersparen und Wasserrecycling sein.

Flächenschutz

Wir setzen uns ein für die Minimierung des Neu-Verbrauchs von Flächen durch Verkehr und Bebauung. Die Nutzung von bereits in Anspruch genommenen Flächen hat konsequent Vorrang vor dem Ausweisen neuer Wohn-, Gewerbe- und Industriegebiete. Wir werden verstärkt auf Flächenrecycling setzen und so versiegelte Flächen einer neuen Nutzung oder einer Entsiegelung und Wiederbegrünung und ökologischen Aufwertung zuführen.

Landwirtschaft und Tierschutz

Immer mehr Menschen kaufen gezielt ökologische und regionale Produkte ein und unterstützen dadurch direkt die biologische Vielfalt und eine klima- und umweltschonende Landwirtschaft ohne Gentechnik.

- Wir setzen uns für eine starke ökologische Landwirtschaft ein, die im Einklang mit der Natur arbeitet, Tiere respektvoll behandelt, Bäuer:innen ein auskömmliches Wirtschaften ermöglicht und uns mit hochwertigen Lebensmitteln versorgt.

- Wir streben die Einrichtung von Runden Tischen mit Landwirt:innen, Winzer:innen und Naturschutzverbänden an, denn der Natur- und Klimaschutz vor Ort kann nur gemeinsam gelingen.

Die Versorgung und Vermittlung von Fundtieren ist Aufgabe der Kommunen. Ohne die Arbeit des Tierheims und der Wildtierstation wäre diese für unsere Gemeinden kaum zu bewältigen. Wir GRÜNE fordern, diese wichtige Leistung auch finanziell anzuerkennen. Eine flächendeckende Kennzeichnung von Hunden und Katzen mit Mikrochip wäre zudem ein Beitrag zur einfacheren Rückführung von Fundtieren.

- Wir fordern eine Beteiligung des Landkreises an den Kosten, die Tierheim und Wildtierstation für ihre wertvolle Arbeit entstehen. So tragen wir zu Planungssicherheit und Stabilität im Tierschutz bei.
- Wir werben bei unseren Gemeinden für die Einführung von Hundesteuermodellen, die zu mehr Sicherheit und Tierwohl beitragen. Indem sie Kennzeichnung durch Mikrochip, Adoption aus dem Tierheim und das Ablegen von Sachkunde- oder Begleithundeprüfungen finanziell belohnen.
- Gerade im ländlichen Raum bleibt das Elend herrenloser Katzen oft lange unentdeckt. Wir GRÜNE unterstützen Kastrationsaktionen für herrenlose Katzen und fordern unsere Verbandsgemeinden mit herrenlosen Populationen auf, Katzenschutzverordnungen nach dem Paderborner Modell zu erlassen. Die VG Saarburg hat es bereits vorgemacht. Dies schützt nicht nur die Katzen, sondern auch unsere kleinen Wildtiere, wie Eidechsen, Gartenschläfer oder Singvögel.

Einstimmig beschlossen auf der KMV in Saarburg am 26.10.23.